

Wochendienst

Auswahl aus den Mitteilungen der vergangenen Woche
Alle Ausgaben des Wochendienstes finden Sie im Internet unter:
www.hamburg.de/wochendienst

Nr. 36

vom 15. Oktober 2010
Redaktion: Katja Richardt

Bund

875. Sitzung des Bundesrates2

Inneres

Sichergestellte Gegenstände belegen islamistische Ausrichtung der Moschee.....4

Wirtschaft und Hafen

Richtfest für das Kreuzfahrterminal in Altona6

Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen

Soziale Wohnraumversorgung wird gestärkt8

Förderung von Baugemeinschaften9

Soziales, Familie und Verbraucherschutz

Hamburgs Sozialsenator Dietrich Wersich wirbt bei Kongress in Berlin für den bundesweiten Ausbau von Frühen Hilfen für Familien..... 10

Start des Modellversuchs zur kontrollierten Teilnahme an U-Untersuchungen in Hamburg..... 12

Exotischer Speisefisch entpuppt sich als Fälschung 14

Umwelt und Energie

100 Euro Klimaschutz-Förderung für einkommensschwache Haushalte 16

Wasserrechtliche Erlaubnis für Kraftwerk Moorburg geändert..... 18

Kultur

200.000 Euro für Off-Projekte20

Datenschutz

Widerspruchsfrist gegen Google Street View läuft ab.....21

Zur Information

Suche nach „Stolpersteinen in Hamburg“ mit internetfähigen Mobiltelefonen22

Terminkalender23

14. Oktober 2010/lv14

An der 875. Sitzung des Bundesrates am Freitag, 15. Oktober 2010, nimmt Senator Heino Vahldieck teil.

Die Tagesordnung umfasst 38 Punkte.

Neuwahl des Bundesratspräsidiums

Der Bundesrat wählt turnusgemäß ein neues Bundesratspräsidium, das ab 1. November 2010 für ein Jahr im Amt sein wird. Als Bundesratspräsidentin steht die nordrhein-westfälische Ministerpräsidentin Hannelore Kraft, als Nachfolgerin des bremischen Bürgermeisters Jens Böhrnsen, zur Wahl. Als Erster Vizepräsident kandidiert der scheidende Bundesratspräsident, als zweiter Vizepräsident Ministerpräsident Horst Seehofer aus Bayern.

Stellungnahme der Länder zum Entwurf des Haushaltsbegleitgesetzes 2011

Mit dem Haushaltsbegleitgesetz legt die Bundesregierung die wesentlichen gesetzlichen Regelungen zur Umsetzung des Zukunftspaketes vor. Die Maßnahmen sehen ein Einsparvolumen für den Bundeshaushalt von rund 80 Mrd. Euro für die kommenden vier Jahre vor, durch das die künftige finanzielle Handlungsfähigkeit des Bundes sowie die Einhaltung der verfassungsrechtlich verankerten Schuldenbremse gesichert werden sollen. Erreicht werden sollen die Entlastungen unter anderem durch die Einführung einer Luftverkehrssteuer, die Rückführung von Steuerbegünstigungen für Unternehmen des produzierenden Gewerbes und der Land- und Forstwirtschaft sowie durch den Wegfall bestimmter Leistungen bei der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Zudem sind Änderungen beim Elterngeld und die Streichung der Heizkostenzuschüsse beim Wohngeld geplant. Der Bundesrat wird zu diesem Konsolidierungspaket Stellung nehmen. Hamburg unterstützt u.a. die Forderung, dass Entlastungsmaßnahmen für den Bund nicht zu negativen Rückwirkungen auf die Finanzen der Länder und Kommunen führen dürfen.

Bankenabgabe – Hamburg fordert Nachbesserungsbedarf für Sparkassen und Genossenschaftsbanken

Der Bundesrat berät auch über den Entwurf eines Restrukturierungsgesetzes für Banken. Um in Zukunft Finanzmarktkrisen präventiv begegnen zu können und im Krisenfall handlungsfähig zu sein, ist vorgesehen, ein besonderes Reorganisationsverfahren einzuführen, das systemrelevante Banken im Falle einer Sanierung und Reorganisation unterstützt. Ergänzend will die Bundesregierung die aufsichtsrechtlichen Instrumente der Bankenaufsicht durch verstärkte Eingriffsrechte anpassen. Damit künftig nicht der Steuerzahler für derartige Restrukturierungsmaßnahmen aufkommen muss, sollen Kreditinstitute eine Bankenabgabe zahlen, die in einen Restrukturierungsfonds fließt. Die Höhe dieser Bankenabgabe richtet sich nach der Risikoausrichtung, dem Vernetzungsgrad und der Größe des jeweiligen Instituts. Hamburg teilt die grundsätzliche Auffassung, dass die finanziellen Mittel, die für die Restrukturierung und geordnete Abwicklung einer systemrelevanten Bank regelmäßig erforderlich sind, künftig vorrangig durch den Finanzsektor bereitgestellt werden sollen, spricht sich aber wie viele Länder dafür aus, dass Sparkassen, Bürgschafts- und Genossenschaftsbanken von der Bankenabgabe befreit werden sollen, da diese keine Verursacher der Finanzkrise waren und zudem in einem eigenen Haftungsverbund integriert sind.

Rechtliche Voraussetzung für Aufhebung des Freihafens (Freizone) Hamburg

Der Bundesrat befasst sich mit dem Gesetzentwurf zur Aufhebung des Freihafens Hamburg. Durch Änderungen des europäischen Zollrechts sind seit dem 1. Juli 2009 wesentliche zollrechtliche Vorteile der Freizone entfallen bzw. werden zum 1. Januar 2011 entfallen. Die Aufhebung der Freizone wurde daher nach intensiven mehrjährigen Beratungen mit den betroffenen Wirtschaftsbeteiligten vom Senat der Freien und Hansestadt Hamburg beschlossen. Sie dient der Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit

des Hafens und soll einen weitgehend barrierefreien schnellen Waren- und Güterverkehr sowie die Realisierung weiterer attraktiver städtebaulicher Vorhaben gewährleisten. Im Interesse der deutschen und europäischen Im- und Exportwirtschaft erwartet der Senat, dass die Zollverwaltung bei der Aufhebung der Freizone und der Einführung des modernisierten Zollkodexes der EU eine wirtschaftsfreundliche Umsetzung des Gesetzes gewährleistet. Im Rahmen ihres Ermessensspielraums sollte sie sicherstellen, dass die Hafenunternehmen auch unter den neuen Rahmenbedingungen ihren Beitrag zum wirtschaftlichen Aufschwung leisten können. Das Gesetz soll am 1. Januar 2013 in Kraft treten.

Hamburg fordert Mindeststandards auf EU Ebene bei der Belehrung von Beschuldigten in Strafverfahren

Der Richtlinienvorschlag der EU über das Recht auf Belehrung in Strafverfahren ist Teil eines Paketes mit rechtlichen Maßnahmen, mit denen die EU ein Mindestmaß von Verfahrensrechten für Verdächtige und Beschuldigte in Strafverfahren in den Mitgliedsstaaten gewährleisten will. Hamburg fordert darüber hinaus, dass die EU dabei den selbst gesetzten Mindeststandard eines Rahmenbeschlusses von 2004 nicht unterschreiten solle und verweist insbesondere auf das Recht zu schweigen. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte habe in zahlreichen Entscheidungen betont, dass dieses Recht ein Kernstück eines fairen Verfahrens sei. Auch müsse gewährleistet sein, dass die Beschuldigten Angehörigen oder eine Person ihres Vertrauens benachrichtigen können, soweit der Zweck der Untersuchung dadurch nicht gefährdet werde. Ausländische Staatsangehörige seien zusätzlich darüber zu informieren, dass sie die Unterrichtung der konsularischen Vertretung ihres Heimatstaates verlangen können.

Für Rückfragen:

Klaus Harneit

Freie und Hansestadt Hamburg, Vertretung beim Bund

Tel. 0 30 – 2 06 46-120

www.hamburg.de/landesvertretung

13. Oktober 2010 / bis 13

Innensenator Heino Vahldieck begrüßt klare Distanzierung der Schura von Extremisten der ehemaligen Taiba-Moschee

Sichergestellte Gegenstände belegen islamistische Ausrichtung der Moschee

Zu aktuellen Berichten über die Folgen der von der Innenbehörde am 9. August verhängten Schließung der Taiba-Moschee am Steindamm und die angeblichen Versuche der Unterwanderung anderer Moscheen durch islamische Extremisten erklärt **Hamburgs Innensenator Heino Vahldieck**: „Ich sehe mit Genugtuung, dass Herr Yoldas und die Schura sich so klar von den Extremisten aus der ehemaligen Taiba-Moschee distanzieren. Die jetzt von der Schura geäußerten Sorgen vor einer möglichen Unterwanderung anderer Moscheen haben wir natürlich intern ausgiebig vor dem Verbot diskutiert. Unsere Einschätzung, dass andere Moscheen innerlich so gefestigt sind, sich gegen entsprechende Versuche von Anhängern der Taiba-Moschee erfolgreich zur Wehr zu setzen, sehen wir bislang bestätigt.“

Den Hamburger Sicherheitsbehörden ist bekannt, dass die Personen, die ehemals in der Taiba-Moschee verkehrten, jetzt andere Moscheen aufsuchen. Die Schließung der Taiba-Moschee und das Verbot ihres Trägervereins durch die Innenbehörde zielte ausdrücklich auch nicht darauf ab, diese Muslime an der Ausübung ihrer Religion zu hindern. **Innensenator Heino Vahldieck**: „Wir mussten aber feststellen, dass der Vorstand des Trägervereins der Taiba-Moschee über Jahre Strukturen zugelassen und unterstützt hat, die eindeutig gegen den Gedanken der Völkerverständigung gerichtet waren und dazu beigetragen haben, dass die Moschee weit über die Stadtgrenzen Hamburgs hinaus zu einem Anziehungspunkt für gewaltorientierte junge Muslime wurde. Hier in Hamburg haben sich diese Menschen unter den Augen des Vorstandes der Taiba-Moschee den letzten Schliff geholt, um wie die sogenannte Hamburger Reisegruppe im März 2009 in den Heiligen Krieg zu ziehen. Unsere Hoffnung ist es, dass die Imame der Hamburger Moscheen möglichst viele der radikalisierten Muslime aus der ehemaligen Taiba-Moschee von der Friedfertigkeit des Islam überzeugen und von ihrem Irrweg abbringen können.“

Die Überlegungen von Anhängern des Trägervereins der Taiba-Moschee zur Neugründung eines Moschee-Vereins werden von den Sicherheitsbehörden genau beobachtet. Sollten sich diese Bemühungen verdichten, werden selbstverständlich rechtliche Maßnahmen geprüft.

Auch wenn die Auswertung der Vielzahl der Gegenstände, die im Zuge der Schließung der Taiba-Moschee sichergestellt worden sind, noch andauert, belegen diverse Funde die jihadistische Ausrichtung der Moschee. So wurde neben einschlägigen Werken von jihadistischen Vordenkern auch eine DVD mit der Aufschrift „islamische Unterrichte und Predigten“ gefunden. Sie beinhaltet u.a. eine Audiodatei mit dem Titel „Der Jihad mit sich selbst“ aus dem Herbst 2009 des deutschen Al Quaida – Aktivisten Bekkay Harrach, in der er den bewaffneten Jihad nicht nur glorifiziert, sondern auch deutsche Islamisten zur Teilnahme aufruft. Darüber hinaus findet sich auf einer unbeschriebenen Kassette eine Audiobotschaft von Usama Bin Laden aus dem Jahr 2004, in der dieser zum Widerstand gegen die irakische Übergangsregierung sowie die dort stationierten alliierten Truppen aufruft und Kopfgelder auf verschiedene bedeutende Persönlichkeiten auslobt.

Für Rückfragen:

Behörde für Inneres und Sport, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Ralf Kunz und Frank Reschreiter, Tel. 0 40 – 42839-2678 u. -2673,

E-Mail: pressestelle@bfi-a.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/innenbehoerde/

11.Oktober2010/bwa11

Richtfest für das Kreuzfahrterminal in Altona Eröffnung zur Kreuzfahrtsaison 2011. Gesamtbudget wird eingehalten.

Wirtschaftssenator Ian Karan, Altonas Bezirksamtsleiter Jürgen Warmke-Rose sowie die FEG-Geschäftsführer Mario Mack und Petra Neykov haben heute mit Gästen aus Politik und Wirtschaft die Rohbaufertigstellung des neuen Kreuzfahrterminals in Altona gefeiert.

Im ersten Halbjahr der Kreuzfahrtsaison 2010 konnten im Hamburger Hafen bei 58 Anläufen (+ 49 Prozent!) insgesamt mehr als 150.000 Passagiere gezählt werden. Damit wurde bereits im ersten Halbjahr das gesamte Vorjahresergebnis deutlich übertroffen. Ende September 2010 schließlich konnte erstmalig der 100. Anlauf eines Kreuzfahrtschiffes in einer Saison in Hamburg gefeiert werden. Insgesamt wird für 2010 mit über 100 Anläufen und einer Passagierzahl von ca. 250.000 Personen gerechnet. Für das Jahr 2011 wurden bereits über 110 Anläufe avisiert, davon allein 50 Anläufe am neuen Kreuzfahrterminal in Altona

Wirtschaftssenator Ian Karan: „Der Kreuzfahrtboom im Hamburger Hafen ist ungebremst und ein echter Wirtschaftsfaktor. Dass das neue Altonaer Terminal zur Kreuzfahrtsaison 2011 voll zur Verfügung steht, freut mich daher genauso wie die Tatsache, dass das Kostenbudget für dieses Vorzeigeprojekt eingehalten wird.“

Altonas Bezirksamtsleiter Jürgen Warmke-Rose: „Altona erscheint mit dem Kreuzfahrterminal wieder auf der Landkarte der internationalen Seefahrt. Ganz in Altonaer Tradition öffnen wir gerne die Tore für die Passagiere aus aller Welt. Im Übrigen finde ich den Terminal in Altona viel hübscher als jenen in der Hafencity in Hamburg-Mitte

Die Architektur des Gebäudes ist hochwertig – die städtebauliche Einpassung in die Perlenkette Altonas perfekt

Die Gestaltung des Terminalgebäudes geht auf ein hochbauliches Gutachterverfahren zurück, bei dem sich Renner Hainke Wirth Architekten gegen vier Konkurrenten durchgesetzt hatten. Das acht Meter hohe Gebäude wird mit Hochwasserschutz ausgerüstet und eine Gesamthöhe von 15,50 Metern über Normalnull nicht überschreiten, sodass der freie Blick vom Altonaer Balkon auf die Elbe nicht gestört wird. Ein jederzeit zugängliches Farewell-Deck bietet Platz für bis zu 1.500 Personen. Zusätzlich wird in der Abfertigungshalle

ein Cafe öffnen. Trassen für Landstrom und Landgas werden beim Bau freigehalten, so dass beide Lösungen später implementiert werden können.

Aufgrund der langhaltenden **Frostperioden des strengen Winters 2010 konnten die Bauarbeiten für das Terminalgebäude nicht so frühzeitig beginnen, wie zunächst geplant.** Die ersten Bohrungen für die Pfahlgründungen, auf denen der Hochbau fußt, erfolgten erst Mitte März 2010. Zudem führten insbesondere die aufwendigen Gründungsarbeiten aufgrund schwieriger Bodenverhältnisse zu zeitlichen Verzögerungen.

Rückfragen:

Pressestelle der Behörde für Wirtschaft und Arbeit

Tel.: 040-42841-1627

Email: pressestelle@bwa.hamburg.de

Internet: www.hamburg.de/bwa

12. Oktober 2010/bsu12

Soziale Wohnraumversorgung wird gestärkt

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt hat mit SAGA GWG vereinbart, dass diese jährlich mindestens 3.000 berechnete Haushalte mit Sozialwohnungen versorgt, davon mindestens 1.700 mit Dringlichkeitsschein. Die Vereinbarung gilt bis 2019. Dr. Stephan Hugo Winters, Staatsrat der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt: „Mit dieser Vereinbarung sichern wir die soziale Wohnraumversorgung und setzen dem Auslaufen der Sozialbindungen bei Teilen des Sozialwohnungsbestandes etwas entgegen.“

Lutz Basse, Vorstandsvorsitzender SAGA GWG: „Mit der getroffenen Vereinbarung zur öffentlich geförderten Wohnraumversorgung unterstreichen wir unsere langfristig mit der Stadt Hamburg abgestimmte Zielsetzung, die Stadtqualität, den Klimaschutz und den sozialen Ausgleich in den Wohnquartieren der Freien und Hansestadt zu stärken. In Verbindung mit einer sozial verantwortungsbewussten und rücksichtsvollen Mietenentwicklung sehen wir darin einen wichtigen Beitrag zu einer integrierten Stadtentwicklung.“

Hamburg hat derzeit etwa 100.000 Sozialwohnungen. Die Anzahl geht in den nächsten Jahren durch das Auslaufen der Sozialbindungen zurück. Insbesondere für Wohnungssuchende mit Dringlichkeitsschein kann es bedeuten, dass sie nicht sofort eine freie Wohnung bekommen können. Vor diesem Hintergrund haben die BSU und SAGA GWG einen Rahmen definiert, unter dem eine verlässliche Versorgungsperspektive insbesondere für diese Gruppe von Wohnungssuchenden geboten werden kann. Diese Vereinbarung kann als Vorbild dienen: Auch mit anderen Wohnungsunternehmen, insbesondere aus dem Genossenschaftsbereich, wollen wir Gespräche in diese Richtung führen.

Im Gegenzug zur Versorgungsverpflichtung erhält SAGA GWG das Recht, Sozialwohnungen frei zu belegen. Für die Stadtteile Altona-Altstadt, Neustadt, Ottensen, Schanzenviertel, St. Georg und St. Pauli gilt dabei die Sonderregel, dass bei Belegung einer Sozialwohnung mit einem eigentlich nicht berechtigten Haushalt die entsprechende Austauschwohnung im gleichen Stadtteil liegen muss. Damit wird Verdrängungsgefahren in Szenestadtteilen vorgebeugt.

Rückfragen:

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Pressestelle

Helma.Krstanoski@bsu.hamburg.de

Tel.: 040 / 42840 – 2058

14.10.2010/bsu14

Förderung von Baugemeinschaften

Hamburg ermöglicht mit einer neuen Förderung jetzt Mietergemeinschaften den Kauf der von ihnen bewohnten Wohnungen. Dieses Angebot rundet die Förderung von Baugemeinschaften ab. Voraussetzung ist die Verkaufsbereitschaft des Grundeigentümers. Mindestens 90% der Mietparteien müssen dem Vorhaben zustimmen, mindestens 70% Mitglied der zu gründenden Genossenschaft werden, die ihr Gebäude gemeinschaftlich bewirtschaften wird.

Gefördert werden bis zu 90% des Verkehrswertes eines Gebäudes. Der Verkehrswert darf 2.000 Euro pro qm Wohnfläche nicht übersteigen. Mit der Förderung sind für die Laufzeit des Darlehens von 20 Jahren Auflagen hinsichtlich der Mietpreisgestaltung und der Belegung der Wohnungen verbunden.

Genossenschaftsmitglieder mit Einkommen innerhalb der Einkommensgrenzen des sozialen Wohnungsbaus oder leicht darüber, erhalten laufende Zuschüsse in Höhe von bis zu 4 Euro pro qm Wohnfläche.

Link zur Förderrichtlinie: www.wk-hamburg.de

Rückfragen:

Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt
Telefon 040 / 24846 – 0

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Pressestelle
Helma.Krstanoski@bsu.hamburg.de
Telefon 040 42840 – 2058
www.bsu.hamburg.de

12. Oktober 2010/bsg12

Von Anfang an gemeinsam

Hamburgs Sozialsenator Dietrich Wersich wirbt bei Kongress in Berlin für den bundesweiten Ausbau von Frühen Hilfen für Familien

Am 13. und 14. Oktober findet in Berlin der Bundeskongress „Von Anfang an gemeinsam“ zum Thema „Frühe Hilfen für Familien“ statt. Auf Einladung des Nationalen Zentrums Frühe Hilfen (NZFH) wird Hamburgs Senator für Familie und Soziales, Dietrich Wersich, bei einer Podiumsdiskussion die Hamburger Fortschritte zum Ausbau dieser Hilfen für Familien vorstellen. In den vergangenen Jahren hat Hamburg den Auf- und Ausbau von Eltern-Kind-Zentren, Familienhebammen-Projekten sowie Unterstützungsangeboten in sozial belasteten Stadtteilen vorangetrieben und mit dem Programm „Hamburg schützt seine Kinder“ eine bundesweite Vorreiterfunktion übernommen.

„Wer Armutskreisläufe durchbrechen und den Kinderschutz stärken will, muss früh ansetzen“, so **Sozial- und Familiensenator Dietrich Wersich**. „Dazu braucht man stadtteilnahe und gut vernetzte Angebote, in der das Gesundheitssystem, die Kinder- und Jugendhilfe, sowie viele andere Beteiligte im Bereich der Familienförderung zusammenwirken. Nur dann kann man Hilfebedarfe früh erkennen und ihnen begegnen, bevor daraus größere Probleme werden und womöglich Vernachlässigung oder Misshandlung entstehen.“

Die Podiumsdiskussion mit Senator Dietrich Wersich findet am zweiten Tag der Konferenz um 15 Uhr statt und bildet den Abschluss des Kongresses. Gemeinsam mit dem Hamburger Familiensenator werden Dr. Wolfram Hartmann (Präsident des Berufsverbandes der Kinder- und Jugendärzte), Josef Hecken (Staatssekretär im BMFSFJ), Uwe Lübking (Beigeordneter des Deutschen Städte- und Gemeindebundes), Andreas Meusch (Leiter der Landesvertretungen der Techniker Krankenkasse), Dr. Heidemarie Rose (stellvertretende Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe) und Prof. Dr. Ute Thyen (Vorsitzende des wissenschaftlichen Beirats des NZFH) über das Thema „Strategisch in die Zukunft denken – Frühe Hilfen auf dem Weg in die Regelversorgung“ diskutieren.

„Wir haben in Hamburg ganz bewusst und trotz öffentlicher Finanzkrise das System der Frühen Hilfen längst in die Regelfinanzierung gebracht, um die Nachhaltigkeit der Hilfen zu sichern. Dass man in ganz Deutschland so handelt, dafür will ich unter anderem auf der Konferenz werben“, so der **Hamburger Familiensenator Dietrich Wersich**.

Zur fachlichen Weiterentwicklung, so Wersich, orientiere man sich in Hamburg kontinuierlich am internationalen Forschungsstand. „Besondere Bedeutung haben für mich dabei die Bindungsforschung und die Resilienzforschung – also die Orientierung an dem, was Eltern und Kinder stark macht, und nicht an dem was ihnen fehlt.“

So wird es am 18. Oktober in Hamburg bereits zum 3. Mal seit 2008 eine Internationale Fachtagung zur Resilienzentwicklung geben, an der namhafte Wissenschaftler aus Deutschland, den Niederlanden und den USA mitwirken. Organisiert wird die Fachtagung von der Hamburger Hochschule für Angewandte Wissenschaften (HAW) mit Unterstützung der Sozialbehörde.

Hintergrund

Im Jahr 2007 hat das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) das Aktionsprogramm „Frühe Hilfen für Eltern und Kinder und soziale Frühwarnsysteme“ auf den Weg gebracht, um damit die Prävention im Kinderschutz zu stärken. In allen Ländern sind dazu Modellprojekte eingerichtet worden. Mit den Frühen Hilfen soll der Vernachlässigung und Misshandlung von Kindern wirksam vorgebeugt werden. Ziel ist es, Risiken für Kinder möglichst frühzeitig zu erkennen und die Erziehungskompetenz ihrer Eltern zu verbessern. Im Fokus der Hilfen stehen vor allem Kinder bis zu etwa drei Jahren, sowie Schwangere und junge Mütter und Väter in belastenden Lebenslagen.

Ebenfalls 2007 ist das Nationale Zentrum Frühe Hilfen (NZFH) eingerichtet worden, das Länder, Städte und Kommunen miteinander vernetzt und die einzelnen Modellprojekte evaluiert. Träger des NZFH sind die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) und das Deutsche Jugendinstitut (DJI). Das NZFH hat eine Plattform aufgebaut, um das vorhandene Wissen und die Erfahrungen und Ergebnisse aus den Modellprojekten zu bündeln, aufzubereiten und gezielt auszutauschen. Das gesammelte Wissen ist über diese Plattform allen interessierten Kommunen und Trägern zugänglich gemacht worden. Darüber hinaus ist das NZFH bei der Überführung früher Hilfen und sozialer Frühwarnsysteme von der Modellphase in die Regelversorgung beratend tätig.

Beim Bundeskongress soll Bilanz der letzten Jahre gezogen werden. Es geht um die Fragen, wo die Frühen Hilfen stehen und wohin sie sich weiterentwickeln sollen. Der Kongress bringt Fachleute aus Wissenschaft, Praxis und Politik zusammen, um eine Standortbestimmung der Frühen Hilfen vorzunehmen und Perspektiven zu entwickeln.

Für Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz

Julia Seifert

Tel.: 42863-28 89, Fax: 42863-38 49

E-Mail: pressestelle@bsg.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/bsg/

13. Oktober 2010/bsg13

Start des Modellversuchs zur kontrollierten Teilnahme an U-Untersuchungen in Hamburg

Erinnerungs- und Meldewesen von U6 und U7 für mehr Kinderschutz

Jetzt geht es los: Am 14. Oktober startet in Hamburg das Erinnerungs- und Meldewesen für die gesetzlichen Früherkennungsuntersuchungen U6 (10. bis 12. Lebensmonat) und U7 (21. bis 24. Lebensmonat). Mit dem Modellprojekt wird versucht, eine noch bessere Inanspruchnahme der von den gesetzlichen Krankenkassen kostenlos angebotenen Früherkennungsuntersuchungen für Kinder zu erreichen. Gleichzeitig wird überprüft, ob über ein derartiges Meldewesen Kinderschutzfälle entdeckt werden, die den Jugendhilfebehörden bislang verborgen geblieben sind.

„Die ersten Briefe sind unterwegs und aus der Theorie wird nun Praxis. Wir sind gespannt auf die Erfahrungen und Ergebnisse, die in dem zweijährigen Modellversuch gesammelt werden“, so **Gesundheits- und Familiensenator Dietrich Wersich**. „Auswertbare Zwischenergebnisse dürften erst in knapp einem Jahr zu erwarten sein. Erst dann können wir abschätzen, ob wir durch dieses strukturierte Einladungs- und Meldewesen die Teilnahmeraten an den Untersuchungen noch erhöhen können und welcher Aufwand dem letztendlich gegenüber steht.“

Im Rahmen des Modellversuchs werden die Sorgeberechtigten von circa 33.000 Kindern in Hamburg durch ein Anschreiben von Senator Wersich, das über eine zentrale Stelle verschickt wird, an die Teilnahme an den Kinderfrüherkennungsuntersuchungen U6 und U7 erinnert. Durch die Untersuchungen können frühzeitig Krankheiten und eine Gefährdung der normalen, altersentsprechenden körperlichen und geistigen Entwicklung von Kindern entdeckt werden. Alle Anschreiben enthalten einen dabei fremdsprachigen Passus, der das Verfahren in fünf Sprachen (Englisch, Türkisch, Darsi („Afghanisch“), Serbisch und Russisch) zusammenfassend erläutert.

Niedergelassene Kinder- und Hausärztinnen/ -ärzte wurden ebenso wie die Einrichtungen des Hilfesystems (z.B. Eltern-Kind-Zentren, Allgemeine Soziale Dienste, Tagespflegebörsen, Mütterberatungsstellen, Kindertageseinrichtungen) im September über das Modellprojekt informiert. Unter der Internetadresse www.hamburg.de/kindergesundheit sind zudem umfassende Informationen verfügbar.

Das Verfahren

Das Einwohnermelderegister meldet die für das Erinnerungs- und Meldewesen notwendigen Daten aller Kinder im Alter vom achten bis zum achtundzwanzigsten Monat an die zentrale Stelle. Diese verschickt das Erinnerungsschreiben mit einer bereits frankierten Karte an die Personensorgeberechtigten. Diese Karte

soll dem der Ärztin/ dem Arzt vorgelegt, nach der Untersuchung abgezeichnet und durch die Sorgeberechtigten an die Zentrale Stelle zurück geschickt werden.

Sollte keine Rückmeldung erfolgen, so werden die Sorgeberechtigten erneut angeschrieben. Bleibt der Besuch beim Arzt weiterhin aus, wird das zuständige bezirkliche Gesundheitsamt eingeschaltet. Von dort erfolgt eine Einladung zu einem persönlichen Gespräch, bei dem die Sorgeberechtigten erneut über das kostenlose Angebot zur Früherkennung von Krankheiten bei ihrem Kind informiert und über den hohen Stellenwert aufgeklärt werden, den die Untersuchung für ein gesundes Aufwachsen hat. Bei Bedarf werden die Eltern auch dabei unterstützt ihrem Kind die Teilnahme an dieser Untersuchung zu ermöglichen.

Für Rückfragen der Medien:

Rico Schmidt,
Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Tel: (040) 4 28 63 - 34 78, Fax: (040) 4 28 63 - 38 49,
E-Mail: pressestelle@bsg.hamburg.de, Internet: www.hamburg.de/bsg

15. Oktober 2010/bsg15

Exotischer Speisefisch entpuppt sich als Fälschung

Hamburger Lebensmittel-Überwachung deckt Schwindel auf

So mancher als Rotflossenwels ausgezeichnete Fisch ist bei genauer Betrachtung ein Pangasius. Diese Entdeckung machte das Institut für Hygiene und Umwelt, als es einem Hinweis des Max Rubner-Instituts nachging und im Auftrag der Hamburger Bezirke verschiedene Fischfiletproben untersuchte. Der Asiatische Rotflossenwels wurde erst in den letzten Monaten auf dem Markt eingeführt und wird unter Fischliebhabern als Geheimtipp gehandelt.

Im Rahmen der amtlichen Lebensmittelkontrollen wurden im Institut für Hygiene und Umwelt neun Fischproben molekularbiologisch analysiert. Die tiefgefrorenen Filets stammten von unterschiedlichen Händlern und wurden von verschiedenen Importeuren vertrieben. Ziel der Untersuchungen war die Überprüfung der als Rotflossenwels angegebenen Tierart. Dafür wurde die DNA-Sequenz bestimmter Genabschnitte der Fischproben identifiziert und mit Online-Gendatenbanken verglichen.

Die Übereinstimmung mit den Genabschnitten des Asiatischen Rotflossenwelses (lat. Name *Hemibagrus wyckioides*) war so gering, dass diese Spezies ausgeschlossen werden konnte. Stattdessen fand man in allen neun Fällen 99 Prozent Übereinstimmung mit den Genen von *Pangasius hypophthalmus*.

„Unsere Mitarbeiter wollten es erst kaum glauben, dass wirklich alle Proben falsch ausgezeichnet waren“, berichtet Friedrich Liebig, Leiter des Bereichs Lebensmittelsicherheit im Institut für Hygiene und Umwelt. „Deshalb haben wir unsere Ergebnisse in diesem speziellen Fall nochmals durch eine zweite Methode bestätigen lassen, obwohl es keinen Zweifel an den Resultaten gab.“ Im Max Rubner-Institut, dem Bundesforschungsinstitut für Ernährung und Lebensmittel, wurden die Fischproben durch Isoelektrische Fokussierung (IEF) der Proteine untersucht – mit gleichem Ergebnis.

Einige Fischliebhaber, die die neue Welsart in der Vergangenheit testen wollten, sind also getäuscht worden. „Jetzt können die Hamburger aber wieder unbesorgt Fisch kaufen, denn die betroffenen Importeure haben unserer Kenntnis nach die falsch deklarierte Ware bereits vom Markt genommen“, versichert Liebig. „Rotflossenwels ist daher im Moment schwer zu bekommen.“

Es ist bislang unklar, ob der Fisch bereits in Asien unter falschem Namen in den Handel gebracht oder erst später umbenannt wurde. Die Untersuchungsergebnisse des Instituts für Hygiene und Umwelt wurden zur Einleitung weiterer Schritte an die zuständigen Bezirke weitergegeben.

Rückfragen:

Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz

Pressesprecherin Institut für Hygiene und Umwelt

Sinje Köpke

Tel. + 49 (40) 428 45-7304, Fax +49 (40) 428 45-7574

E-Mail: sinje.koepke@hu.hamburg.de

12. Oktober 2010/bsu12a

100 Euro Klimaschutz-Förderung für einkommensschwache Haushalte

Hamburger EnergieAgentur und Caritas starten Kühlschranksaustausch

Umweltstaatsrat Christian Maaß und der Abteilungsleiter des Caritasverbandes Hamburg, Josef Laupheimer, gaben heute den Auftakt zum Kühlschranksaustausch-Programm. Hamburger Haushalte die ALG II, Wohngeld oder Sozialhilfe beziehen, erhalten beim Kauf eines neuen Kühlschranks der Energieeffizienzklasse A++ eine Förderung von 100 Euro. Voraussetzung ist, dass im Haushalt im Rahmen des Projekts „Stromspar-Check“ ein Kühlgerät registriert wurde, das älter als zehn Jahre ist und das alte Kühlgerät fachgerecht entsorgt wird. Das Kühlschranksaustausch-Programm ist ein Projekt im Rahmen des Stromspar-Checks der Caritas Hamburg in Zusammenarbeit mit der Hamea (Hamburger EnergieAgentur) in der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt.

Seit März 2010 berät der Caritasverband Hamburg mit Unterstützung der Hamburger EnergieAgentur (Hamea) einkommensschwache Haushalte beim Energiesparen. Nach einem Zwischenbericht der Caritas seien mehr als ein Drittel der erfassten Kühlgeräte älter als zehn Jahre. Ein modernes A++-Kühlgerät verbraucht gegenüber solch alter Geräte rund 2/3 weniger Strom. Daraufhin wurde das Kühlschranksaustausch-Programm entwickelt. Es soll einkommensschwächste Haushalte dabei unterstützen, die Investition in ein modernes, effizientes Kühlgerät leisten zu können. Mit modernen Kühlgeräten ist ein Einsparpotenzial von mehr als 200 KW/h pro Jahr möglich. Das entspricht ca. 120 Kilogramm CO₂-Einsparung und einer Stromkostensparnis von über 44 Euro jährlich.

Im Regelsatz eines Ein-Personen-Haushaltes von 351 Euro (Stand Februar 2009) sind ca. 1,60 Euro pro Monat im Berechnungsansatz für die Neuanschaffungen von Kühl- und Gefriergeräten zu Grunde gelegt. Damit müsste ein Einpersonenhaushalt umgerechnet 15-20 Jahre sparen, um sich ein neues effizientes Kühlgerät der Energieeffizienzklasse A++ leisten zu können. In der Praxis wird deshalb der Kauf von gebrauchten Kühlgeräten getätigt, was zu langfristig unwirtschaftlichen Entscheidungen und zu hohem Stromverbrauch führt.

Umweltstaatsrat Christian Maaß: „Energiesparen ist bei steigenden Energiepreisen auch eine soziale Frage. Mit einem effizienten Kühlgerät können auch die einkommensschwächsten Haushalten unnötige Energiekosten sparen und gleichzeitig einen Beitrag zum Klimaschutz leisten.“

Caritas-Abteilungsleiter Josef Laupheimer sagte: „Dieses Programm bietet den von uns beratenen Haushalten die Chance, einen großen Schritt bei der Energie- und Kosteneinsparung zu machen. Die Anschaffung eines energiesparenden Neugerätes ist für sie ohne den Zuschuss nicht zu stemmen.“

Marktübliche A++-Kühlgeräte sind, abhängig von der Ausstattung, ab ca. 300 € erhältlich – die einkommensschwachen Haushalte müssen die Restsumme selber finanzieren. Die Fördermöglichkeit besteht für Hamburger Haushalte, die ALG II, Wohngeld oder Sozialhilfe beziehen und die eine Beratung beim Caritasverband Hamburg in Anspruch genommen haben. Benötigt werden die Rechnungskopie des Lieferanten des A++-Gerätes sowie der Nachweis über die fachgerechte Entsorgung.

Ein Rechtsanspruch auf die Förderung besteht nicht. Pro Haushalt wird ein Kühlgerät gefördert, solange bis die Fördermittel der Hamea ausgeschöpft sind. Insgesamt werden für etwa 100 Kühlschränke Zuschüsse gezahlt.

Anmeldungen zum Stromspar-Check der Caritas unter: 040 / 180 464 22

oder per Mail: stromspar-check@caritas-hamburg.de

Für Rückfragen:

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

Pressestelle

Tel.: 040 / 428 40 -3063

Mail: bjoern.marzahn@bsu.hamburg.de

13. Oktober 2010/bsu13

Wasserrechtliche Erlaubnis für Kraftwerk Moorburg geändert Bekanntmachung und Auslegung der Erlaubnis

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) hat für das Kraftwerk Moorburg eine geänderte Wasserrechtliche Erlaubnis erlassen. Damit wurde die Klage der Firma Vattenfall Europe Generation AG (VEG) gegen die am 30.09.2008 erteilte Wasserrechtliche Erlaubnis zur Kühlwasserentnahme aus der Elbe erledigt. Grundlage der Einigung ist ein am 17.09.2010 beim Oberverwaltungsgericht (OVG) protokollierter Vergleich zwischen Vattenfall und der BSU. Damit wird das letzte der Klageverfahren beendet, das Vattenfall gegen die BSU im Zusammenhang mit dem Kraftwerksbetrieb eingeleitet hatte.

Die geänderte Erlaubnis stellt zielgenauer sicher, dass der Süderelbe nur so viel Wasser für Kühlzwecke entnommen werden kann, wie dies zum Zeitpunkt der Entnahme gewässerökologisch verträglich ist.

Während der insbesondere für die Fischwanderung problematischen sauerstoffarmen Zeiten wird die Kühlwasserentnahme gegenüber der bisherigen Erlaubnis durch wesentlich strengere Sauerstoffgrenzwerte noch weiter eingeschränkt. Anders als bisher ist die Durchlaufkühlung nicht erst bei 3,0 mg O₂/l vollständig einzustellen, sondern künftig bereits bei einer Konzentration von 4,0 mg O₂/l. Die Grenze der Entnahme zu Kühlzwecken schon bei 4,0 mg O₂/l zu setzen, war auch eine der zentralen Forderungen der Umweltverbände im Erörterungsverfahren der ursprünglichen Erlaubnis. Dafür darf außerhalb der zumeist sommerlichen Sauerstofftäler und wenn die Süderelbe ausreichend Wasser führt, im Rahmen einer modifizierten Entnahmebegrenzung künftig mehr Elbwasser entnommen werden als bisher erlaubt, jedoch in keinem Fall mehr als die beantragten 64,4 m³/s. Außerdem ist Vattenfall bereit, einen sogenannten Hybrid-Kühlturm zu errichten und zu betreiben, um die Kühlwasserentnahme und -wiedereinleitung insbesondere in den Sommermonaten auf ein Minimum zu reduzieren.

Insgesamt wird gegenüber der bisher geltenden Erlaubnis eine gezielte Verbesserung für die Gewässerökologie erreicht, da in empfindlichen Phasen ein besserer Schutz der Elbe gewährleistet wird. Dies gilt insbesondere in Bezug auf die Einhaltung der Anforderungen der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie der EU. Vattenfall wird durch die geänderte wasserrechtliche Erlaubnis zugleich eine besser planbare Nutzung des Kraftwerks ermöglicht.

Die geänderte Wasserrechtliche Erlaubnis einschließlich der Umweltverträglichkeitsprüfung kann

ab **Montag, den 25.10.2010 bis einschließlich 07.11.2010,**

eingesehen werden:

- In der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Stadthausbrücke 8, 20355 Hamburg, Haus A, Zimmer A 117
jeweils montags bis donnerstags 8:00 bis 15:00, freitags 8:00 bis 14:00 Uhr, und
- Im Bezirksamt Harburg,
Harburger Rathausplatz 4, 21073 Hamburg, Zimmer 211,
jeweils montags bis donnerstags 9:00 bis 16:00, freitags 9:00 bis 15:00 Uhr,

Darüber hinaus werden die Unterlagen im Internet zur Einsicht zur Verfügung gestellt unter der Adresse www.hamburg.de/kraftwerk-moorburg.

Rückfragen: Enno Isermann, Pressestelle der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Tel.: 040 428 40 – 20 51, oder -3063, -3249, -2058, enno.isermann@bsu.hamburg.de

13.10.2010/bkm13

200.000 Euro für Off-Projekte

Ausschreibungsstart: Förderung der freien Szene 2011

Auch im Jahr 2011 wird die Behörde für Kultur und Medien 200.000 € zur Förderung von Off-Projekten zur Verfügung stellen. Sie möchte damit vor allem Nachwuchskünstlerinnen und -künstler aus der freien Szene unterstützen. Dazu gehören zum Beispiel Tanz, Performance, Freies Theater, multimediale Installationen, Bildende Kunst und Musik.

Besonders erwünscht sind innovative und spartenübergreifende Projekte, die sich jenseits von Institutionen und bekannten Formaten bewegen. Die Voraussetzungen: Die Projekte müssen in 2011 realisiert werden. Und die beantragten Projekte dürfen in 2011 keine weitere Förderung von der BKM erhalten.

Die Ausschreibungsunterlagen stehen ab sofort im Internet. Sie können als Download über die Internetseite der Behörde für Kultur und Medien heruntergeladen werden.

Einsendeschluss ist der 1. Dezember 2010

(Es gilt nicht der Poststempel)

Anträge richten Sie bitte an:

Behörde Kultur und Medien
Marie-Luise Tolle
Stv. Amtsleiterin
Hohe Bleichen 22
20354 Hamburg

Tel.: 040 42824-285

Fax: 040 42824-287

E-Mail: marie-luise.tolle@bkm.hamburg.de

Für Rückfragen:

Stefan Nowicki

Pressesprecher der Behörde für Kultur und Medien

040 / 42824 – 293

stefan.nowicki@bkm.hamburg.de



Der Hamburgische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit

11. Oktober 2010

Widerspruchsfrist gegen Google Street View läuft ab

Bürger, die vorab insbesondere gegen die Abbildung ihrer Gebäude und Grundstücke durch den Internetdienst Google Street View Widerspruch einlegen wollen, sollten dies unbedingt in den kommenden Tagen tun. Die Frist, die zwischen Google und dem Hamburgischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit vereinbart wurde, läuft für etliche große Städte am Freitag, den 15.10.2010 ab. Mit der Einlegung des Vorabwiderspruch können sowohl Mieter als auch Eigentümer verhindern, dass Google Bildaufnahmen von ihren Gebäuden oder Grundstücken ins Internet stellt.

Da Google zunächst plant, den Dienst für die 20 größten Städte Deutschlands zu starten, gilt die Frist nur für Gebäude und Grundstücke in Berlin, Bielefeld, Bochum, Bonn, Bremen, Dortmund, Dresden, Duisburg, Düsseldorf, Essen, Frankfurt am Main, Hamburg, Hannover, Köln, Leipzig, Mannheim, München, Nürnberg, Stuttgart und Wuppertal. Natürlich steht es auch Bewohnern außerhalb dieser Städte offen, bereits jetzt ihren Widerspruch einzulegen. Hierzu der Hamburgische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit, Johannes Caspar: „Wer ohnehin Widerspruch einlegen will, dem ist zu raten, dies bereits jetzt zu tun. Damit ist man auf der sicheren Seite und braucht sich um weitere Ankündigungen über kommende Fristen nicht mehr zu kümmern.“

Der Widerspruch kann sowohl postalisch als auch online eingelegt werden. Nähere Informationen zum Vorabwiderspruch können über das Portal des Hamburgischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit abgerufen oder per Post bei diesem angefordert werden.

Kontakt/ Rückfragen:

Prof. Dr. Johannes Caspar, Tel. 428 54 - 4041

12.10.10/BSB/Politische Bildung/bsb12

Hinweis an die Medien

Suche nach „Stolpersteinen in Hamburg“ mit internetfähigen Mobiltelefonen

Nutzer internetfähiger Mobiltelefone können ab sofort auf der Seite <http://stolpersteine.mobi> kostenlos Informationen über Stolpersteine in Hamburg abrufen. Nachdem im April dieses Jahres bereits die Applikation für das iPhone veröffentlicht wurde, steht der mobile Dienst mit Kurzbiographien von NS-Opfern jetzt allen zur Verfügung. Dazu auf der Seite über Name des Opfers, Straße, Postleitzahl oder Stadtteil nach Stolpersteinen suchen. Je nach technischen Möglichkeiten des Mobiltelefons werden für jeden Stolperstein eine kurze Biographie, eine Übersichtskarte und, wenn vorhanden, auch Bilder angezeigt – Informationen, die auf der Internetdatenbank www.stolpersteine-hamburg.de verfügbar sind. Anhand der Stolpersteine können sich Hamburgerinnen und Hamburger auf Spurensuche in der Nachbarschaft begeben. So bleibt das Andenken an die Opfer des Nazi-Regimes auch im 21. Jahrhundert erhalten.

Die Nutzung dieses Angebots ist generell kostenfrei, es fallen lediglich Kosten für anfallende Datenübertragung je nach Vertrag mit dem Netzbetreiber an.

Die Landeszentrale für politische Bildung Hamburg hat für die „Geschichtswerkstätten Hamburg e.V.“ die Erweiterung des bisherigen mobilen Angebotes für die Stolpersteine in Hamburg gefördert.

Rückfragen:

Behörde für Schule und Berufsbildung

Landeszentrale für politische Bildung

Dr. Rita Bake, Tel.: 428 23 4804, E-Mail: rita.bake@bsb.hamburg.de;

Michael Hallmann (M.A.), Tel. 428 23 4808 E-Mail: michael.hallmann@bsb.hamburg.de

Terminkalender

Vom 18. Oktober bis 24. Oktober 2010

Die Hinweise dienen nur zur Information; sie gelten nicht als Einladung. Auskünfte über Fototermine und Möglichkeiten der Berichterstattung, die im Rathaus stattfinden, werden unter der Rufnummer 428 31 - 2182 erteilt.

Montag, den 18.10.2010

ganztätig

Brüssel, Parlamentsgebäude, rue de la Loi – place de la Nation 2
Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann nimmt am 18.-19.10.2010 als **Vertreter des Bundesrates an der COFACC (Conference of Foreign Affairs Committee Chairs)** teil.

09:00

HAW, Berliner Tor 21 (Aula)
Staatsrätin Dr. Angelika Kempfert eröffnet die „**Fachtagung im Norden**“ der **Hochschule für angewandte Wissenschaften in der Veranstaltungsreihe „Frühe Hilfen“ mit einem Grußwort.**

11:30

Rathaus, Großer Festsaal
Senator Heino Vahldieck spricht anlässlich der **Vereidigung der Polizeischüler.**

12:00

Baustelle in Schenefeld, Holzkoppel 4
Senatorin Dr. Herlind Gundelach nimmt als **Patin des „Herlind“ Tunnels an der Feier des 2. Starts von TULA** teil.

Dienstag, den 19.10.2010

14:00

UKE
Senatorin Dr. Herlind Gundelach weiht das **3 Tesla-Gerät** ein.

16:30

Rathaus, Kaisersaal
Bürgermeisterin Christa Goetsch spricht ein Grußwort auf der **Veranstaltung „Vielfalt in der Ausbildung – Weshalb sich öffentliche und private Arbeitgeber interkulturell öffnen (müssen)“.**

17:00

Hildegard-Schürer-Haus, Südring 36
Staatsrat Dr. Manfred Jäger spricht zur **Einweihung der ersten ambulanten Wohngemeinschaft für Menschen mit Demenz und Behinderung, einer Einrichtung des Trägers „Leben mit Behinderung e.V.“, ein Grußwort.**

18:00

Helmut Schmidt Universität, Holstenhofweg 85, 22043 Hamburg
Bürgermeisterin Christa Goetsch spricht ein **Grußwort zum Auftakt der Vortragreihe „Der Deutschen Qualifikationsrahmen (DQR)“.**

Mittwoch, den 20.10.2010

11:30

Rathaus, Kleines Zimmer
Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann empfängt den **Generalkonsul a.D. der Schweiz, Walter Kägi, um ihm die Ernennungsurkunde zum Hamburg Ambassador (ehrenamtlicher Repräsentant der Stadt Hamburg) für die Schweiz zu überreichen.**

- 12:00** Wiesbaden, Friedrichstraße 22
Staatsrat Dr. Manfred Jäger nimmt an der **Amtschefkonferenz der Arbeits- und Sozialministerkonferenz** teil.
- 14:00** Staatliche Jugendmusikschule Hamburg, Mittelweg 42, 20148 Hamburg
Staatsrat Ulrich Vieluf spricht ein Grußwort anlässlich des **Richtfests des KonzertsaaIs der Jugendmusikschule**.
- 16:00** Rathaus, Bürgermeistersaal
Senator Heino Vahldieck und Staatsrat Rolf Reincke nehmen am **Senatsempfang anlässlich der Verleihung des Uwe-Seeler 2010 -Preises** teil.
- 18:00** Universität Hamburg, Anna-Siemsen-Hörsaal, Von-Melle-Park 8
Senatorin Dr. Herlind Gundelach spricht ein Grußwort anlässlich des **Wechsels im Dekanat der Fakultät für Erziehungswissenschaft, Psychologie und Bewegungswissenschaft**.
- 18:30** Universität Hamburg, Rechtshaus, Hörsaal
Herr Senator Dr. Steffen nimmt teil an einer vom **Republikanischen Anwältinnen- und Anwälteverein, von der Studierendengruppe „Hamburger Aktive Jurastudierende“ und von der Humanistischen Union organisierten Diskussionsveranstaltung zum Thema „Zukunft der Sicherungsverwahrung“**.
- 19:00** Unilever-Haus Hafencity
Senatorin Anja Hajduk spricht anlässlich der Veranstaltung **Stadt im Dialog – Ein Masterplan Klimaschutz für Hamburg**.
- Staatsrat Christian Maaß nimmt teil.

Donnerstag, den 21.10.2010

- ganztätig** Herrenkrug-Parkhotel, Magdeburg
Bürgermeister Christoph Ahlhaus nimmt vom 21.10. bis 22.10. an der **Konferenz der Ministerpräsidenten in Magdeburg** teil.
- 09:00** Kultur und Gewerbespeicher, Boden 1, Kehrwieder 2–3, Hamburg
Bürgermeisterin Christa Goetsch hält einen **Vortrag bei der Hanse – Tagung 2010: „Bildungspolitische Strategien heute und morgen rund um das ‚Mare Balticum‘**.
- 09:00** Wiesbaden, Friedrichstraße 22
Staatsrat Dr. Manfred Jäger nimmt teil an der **Amtschefkonferenz der Arbeits- und Sozialministerkonferenz**.
- 10:30** Berlin Landesvertretung
Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann empfängt den **Botschafter des Königreichs Dänemark, Per Poulsen-Hansen, zum Antrittsbesuch**.
- 12:30** Zentrum für Aus- und Fortbildung (ZAF), Normannenweg
Staatsrätin Dr. Angelika Kempfert eröffnet die **1. Zielkonferenz des „Hamburger Paktes für Prävention“ zum Thema: „Gesund aufwachsen in Hamburg“ mit einem Grußwort**.

- 13:00** Stockholm
Senatorin Anja Hajduk nimmt teil an der **European Green Capital Conference und präsentiert Hamburg als Umwelthauptstadt Europas 2011.**
- 14:00** Gesamtschule Allermöhe, Margit-Zinke-Straße 7, 21035 Hamburg
Bürgermeisterin Christa Goetsch **eröffnet die Schulbibliothek der Stadtteilschule Allermöhe.**
- 14:00** Empire Riverside Hotel Hamburg
Senatorin Dr. Herlind Gundelach spricht anlässlich des **60. Geburtstags von Professor Dr. Kaysser, GKSS, ein Grußwort auf dem Fachsymposium „Materialwissenschaft nutzen“.**
- 18:00** Rathaus, Bürgermeistersaal
Bürgermeisterin Christa Goetsch spricht anlässlich des **Senatsempfangs für die Hanse-Tagung ein Grußwort.**
- 18:00** Harburger Rathaus, Rathauspassage
Staatsrat Rolf Reincke hält anlässlich der **Deutschen Meisterschaften im Hallenradsport ein Grußwort.**
- 18:00** Bucerius Law School, Jungiusstraße 6
Senator Dietrich Wersich spricht ein Grußwort zur **Festveranstaltung der BürgerStiftung Hamburg.**

Freitag, den 22.10.2010

- 11:00** Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung, Felix-Dahn-Straße 3
Bürgermeisterin Christa Goetsch spricht beim „**Länderplenium**“ **innerhalb der Fachtagung „Bürgerschaftliches Engagement = Bildung durch Beteiligung“**, bei der sie auch **Schirmherrin** ist.
- 12:00** Stadtteilschule Eidelstedt SVE Lehrschwimmbecken Lohkampstraße 145
Staatsrat Rolf Reincke hält anlässlich der **Einweihung des Lehrschwimmbeckens Lohkampstraße ein Grußwort.**
- 18:00** Haus der Jugend „Am Stintfang“, Alfred-Wegener-Weg 3
Senator Dietrich Wersich **spricht ein Grußwort zum 40-jährigen Jubiläum der Arbeitsgemeinschaft freier Jugendverbände (AGFJ).**
- 19:00** Stadtteilarchiv Ottensen, Kesselhaus, Zeißstr. 28
Senator Reinhard Stuth hält ein Grußwort anlässlich der **Ausstellungseröffnung „Lieb & Teuer. Ottensen 1980 bis 2010“ im Rahmen des 30-jährigen Bestehens des Stadtteilarchivs Ottensen.**
- 20:00** Monsun Theater, Friedensallee 20
Senator Reinhard Stuth besucht die **Premiere „Dostojewskij Medley“.**

Samstag, den 23.10.2010

- 11:30** Kultur- und Gewerbespeicher, Bode 1, Kehrwieper 2-3, Speicherstadt
Staatsrat Bernd Reinert spricht ein Grußwort anlässlich der **Absolventen-Feier der Hamburger Fern-Hochschule.**

12:00 Asklepios Klinik St. Georg, Lohmühlenstraße 5, Haus P
Senator Dietrich Wersich eröffnet den **Aktions- und Präventionstag des AmputaVita e.V. aus Anlass des 5-jährigen Bestehens und der wiederholten Auszeichnung als einer der 365 Orte im Land der Ideen mit einem Grußwort.**

18:00 Festsaal der Handwerkskammer, Holstenwall 12
Staatsrat Dr. Manfred Jäger begrüßt die **koreanischen Krankenschwestern zum 40-jährigen Jahrestag ihres Arbeitsbeginns in Hamburg mit einer Ansprache.**

Sonntag, den 24.10.2010

11:00 Stavenhagenhaus, Frustbergstraße 4
Senator Dietrich Wersich spricht eine **Laudatio zur Preisverleihung im Bundeswettbewerb 365 Orte im Land der Ideen an die Initiative „Das Geld hängt an den Bäumen“**.